



STELLUNGNAHME

Geburtshilfe sichern und ausbauen!

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) tritt für die Sicherstellung und Verbesserung der Gesundheit von Frauen während der Schwangerschaft und rund um die Geburt ein. Wir begrüßen daher die aktuellen Kampagnen und Maßnahmen des Bundesgesundheitsministeriums wie etwa das Nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ sowie die Entwicklung der interdisziplinären S3 -Leitlinien zu „Kaiserschnitten“ und „Natürlicher Geburt“. Beides greift langjährige Forderungen von Frauen(fach-)verbänden auf. Umso mehr nehmen wir mit Sorge die derzeitigen Entwicklungen im Bereich der Hebammenversorgung und Geburtshilfe wahr.

Der KDFB fordert daher von den politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Länderebene sowie insbesondere von den verantwortlichen Akteurinnen und Akteuren in den Selbstverwaltungsorganen und Fachgesellschaften des Gesundheitswesens:

- die Geburtshilfe durch Hebammen bundesweit flächendeckend und bedarfsgerecht sicherzustellen. Dazu zählt in besonderem Maße die gesonderte Berücksichtigung von Geburtshilfeabteilungen im Rahmen des Sicherstellungszuschlages für Krankenhäuser in strukturschwachen Regionen nach dem Krankenhausstrukturgesetz.
- die Abrechnungsmodalitäten von freiberufliche Hebammen in den Geburtskliniken mit denen angestellter Hebammen gleichzustellen.
- die Leistungsvergütungen und Rahmenbedingungen für Hebammen (freiberuflich und angestellt) weiter zu verbessern, so dass Frauen (und Männer) diesen Beruf weiter ausüben können und wollen.
- die Geburtshilfe in ihrer Ganzheitlichkeit - Vorsorge, Geburt, Nachsorge - insgesamt zu stärken und nicht vornehmlich allein die Reproduktions-, Pränatal- und Perinatalmedizin auszubauen.
- die derzeit angedachten Pläne einer ambulanten „Außer-Haus-Betreuung“ während der Nachsorge umgehend zu stoppen. Die Wochenbett-Betreuung durch Hebammen im häuslichen Umfeld ist ein unverzichtbarer Bestandteil sowohl für die Gesundheit von Mutter und Kind als auch für die Begleitung und Unterstützung in der ersten Familienbildungsphase.

Beschluss der Bundesdelegiertenversammlung, 22.10.2017